Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

29.5.1864 (No. 125)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 29. Mai.

№ 125.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

† **München**, 28. Mai. Einem Telegramm aus Wien zufolge soll Oesterreich in der Samstag-Sitzung der Londoner Konferenz unter Zustimmung Preußens und des Bundes die Selbständigkeit des Staates Schleswig-Holstein unter der berechtigten Dynastie, wahrscheinlich mit sofortiger Nennung des Erbprinzen von Augustenburg, beantragen.

Wien, 27. Mai, Mittags. (Frk. Post-Ztg.) In der für morgen anberaumten Konferenzsitzung wird wahrscheinlich die österreichisch-preußische Forderung der Unabhängigkeit der Herzogthümer im Sinne der staatlichen Selbständigkeit, also völliger Trennung von Dänemark, formulirt werden.

London, 28. Mai. (Sch. M.) Aus Southampton wird gemeldet: Frankreich hat von Marokko Genugthuung verlangt wegen eines an einem Franzosen begangenen Mords, der ein Asyl bei einem Araber erhalten hatte, welcher an dem algerischen Aufstand Theil nahm. Man glaubt, das Verlangen werde erfüllt. — Aus Tunis: Die Admirale der fremden Schiffe haben beschlossen, Truppen ans Land zu setzen zum Schutz ihrer Angehörigen.

Deutschland.

Darmstadt, 25. Mai. Wie die „N. Frkf. Ztg." vernimmt, hat die hiesige Handelskammer eine Konferenz sämmtlicher 5 hessischen Handelskammern zu Mainz in Anregung gebracht, um über gemeinsame Schritte gegenüber der vor der Thüre stehenden entscheidenden Phase der Zollverein-Krisis zu berathen. An die Mainzer Korporation ist das Ersuchen ergangen, die deßfallsigen Einladungen zu erlassen.

Weimar, 25. Mai. Nach der „Weimar. Ztg." ist die (von uns mitgetheilte) Erklärung des Herzogs Friedrich VIII. von Lord Russell mit dem Vorbehalt eventueller Rücksendung angenommen worden. In der Konferenz zur Mittheilung gekommen, beschloß die Versammlung, sie nicht zurückzusenden, aber auch nicht in die Protokolle aufzunehmen.

Dresden, 25. Mai. (Dresden. Journ.) Die Erste Kammer erledigte heute die Berathung des allgemeinen Theils des Militäretats und nahm dabei einige Anträge der Deputation an, welche bestimmt sind, den bisher bestandenen Differenzen zwischen Regierung und Kammern über Auslegung der Bundes-Kriegsverfassung ein Ende zu machen, sowie sie auch (wie bereits kurz erwähnt) die von der Zweiten Kammer abgelehnten neuen Stellen von 59 Offizieren und 239 Unteroffizieren und Spielleuten gegen 3 Stimmen bewilligte. — Die Zweite Kammer hat heute die gestern begonnene Berathung über den Antrag des Abg. Schreck, die Einführung von Geschwornengerichten betreffend, beendigt und schließlich den Antrag der Deputationsmajorität gegen 12 Stimmen angenommen, welcher dahin geht: „Die Kammer wolle bei der königl. Staatsregierung den Antrag stellen, daß der Ständeversammlung so bald als möglich ein die Einführung von Schwurgerichten in der Strafrechts-Pflege bezweckender Gesetzentwurf vorgelegt, beziehentlich die Strafprozeß-Ordnung der deßhalb erforderlichen Umarbeitung unterzogen werde." Ferner wurde der zweite Theil des vom Abg. Dr. Müller eingebrachten Antrags: „Die Staatsregierung wolle hierbei die Frage wegen Einführung der neuerdings angeregten Schöffengerichte mit in genaue Erwägung ziehen", als Zusatz zu obigem Antrag gegen 21 Stimmen von der Kammer angenommen.

Altona, 21. Mai. Die Bundeskommissäre für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg haben unter dem heutigen Tage folgende Bekanntmachung erlassen:

Zur Vermeidung von Zweifeln und zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens, sowie im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 28. Dez. 1863, bestimmen wir hierdurch, daß sämmtliche Behörden des Herzogthums Holstein, welche früher der Bezeichnung „Königliche" sich bedient, fortan die Bezeichnung „Herzogliche" zu führen haben.

Berlin, 26. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt (vergl. Telegramm im gestr. Bl.):

Die entscheidende Wirkung, welche die preußische Note vom 15. d. M. auf den Gang der dänischen Frage gehabt, ist nicht zu verkennen. Nach dieser bündigen Erklärung, in welcher sich Preußen ein- für allemal von den Verträgen von 1852 lossagte, blieb den übrigen Großmächten nichts weiter übrig, als ebenfalls sich kurz mit Ja oder Nein darüber auszusprechen, ob sie ferner an jenen Verträgen festhalten wollten, oder nicht. Von der alliirten deutschen Großmacht und auch von Frankreich ließ sich mit großer Wahrscheinlichkeit vorhersehen, daß diese Mächte keinen Anstand nehmen würden, jene Verträge aufzugeben, die sich eben nicht als ausreichend gezeigt hatten, zwischen Deutschland und Dänemark ein völkerrechtliches Verhältniß zu begründen, welches die Aussicht auf einen dauernden Friedenszustand gewährte. Daß aber England sich ebenfalls so schnell dazu verstanden hat, seinen Schützling, den es bis dahin zu seinem unsinnigen Widerstand ermuthigt, so schnell und vollständig fallen zu lassen, das ist unbestritten ein großer Erfolg der preußischen Politik. Die Verträge von 1852 sind also todt, und es handelt sich darum, dieselben durch zweckmäßigere Vereinbarungen zu ersetzen. Daß man in England hierbei von der Absicht ausgehen wird, das Mögliche zu thun, Deutschland mit einem Minimum abzufinden, liegt auf der Hand, und dies Bestreben tritt bereits in der scheinbaren Bereitwilligkeit hervor, mit der man sich in London einer „nationalen" Theilung Schleswigs geneigt zeigt. Offenbar hat man dabei die dänische Auffassung von der nationalen Grenze Schleswigs im Auge, welche nur das schmale Streifchen Land bis zu den Dannewerken mit etwa 177,000 Einwohnern als deutsch betrachtet. Es ist nun aber Thatsache, daß die alte Kirchgrenze, welche bis 1848 galt und von den Dänen Jahrhunderte lang respektirt wurde, sich nördlich von Flensburg nach Tondern hinzieht. Von da ab südlich ist seit Jahrhunderten in Kirchen und Schulen deutsch gepredigt und gelehrt, und erst seit etwa anderthalb Dezennien durch die Tyrannei des Eiderdänenthums gegen den Willen der Bevölkerung in Kirche und Schule das Dänische eingeführt worden. Ist also eine Theilung nach der Sprachgrenze überhaupt möglich, so könnte sich solche blos nach dieser Direktion richten. Es sind aber, um die Herzogthümer in ein richtiges Verhältniß zu Dänemark zu bringen und vor neuer Vergewaltigung zu sichern, noch viele andere Dinge zu berücksichtigen, als die bloße Sprachgrenze, und es ist namentlich wohl selbstverständlich, daß die Stimme der Bevölkerung auch da, wo die Nationalität gemischt ist, in billiger Weise gehört werde.

— In der ministeriellen „Provinzial-Correspondenz" heißt es:

Hr. v. Bismarck hat nach vorheriger Verhandlung mit Oesterreich in einer Depesche vom 15. Mai nach London erklärt, daß Preußen sich jetzt von allen Verpflichtungen gegen den König von Dänemark vollkommen frei fühle und in Gemeinschaft mit den übrigen Großmächten die anderweitige Regelung der Erbfolge in Schleswig-Holstein versuchen wolle. Wenn bei dieser Lage der Dinge die deutschen Mächte gegenwärtig eine Erklärung über die Bedingungen des Friedens mit Dänemark abgeben sollten, so könnte diese nach dem Obigen vorerst nur dahin gehen, daß, falls der König von Dänemark auf Grund neuer Feststellung unter den Mächten auch als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt werden sollte, die Grundbedingung dieses Verhältnisses die absolute politische Selbständigkeit der Herzogthümer im engen Anschluß an Deutschland sein müßte. Ob aber nach der Beseitigung des Abkommens von 1852 der König von Dänemark überhaupt noch in Schleswig-Holstein herrschen oder ein Anderer den herzoglichen Thron besteigen soll, das bleibt der gemeinsamen Entscheidung der europäischen Mächte vorbehalten, bei welcher neben der gewissenhaften Prüfung der allseitigen Erbansprüche (des Herzogs von Augustenburg und Anderer) vorzugsweise die Interessen und die Wünsche der Herzogthümer selbst, sowie die Interessen Deutschlands ins Gewicht fallen müssen. Wenn aber Dänemark auf der Londoner Konferenz, wie allerdings zu vermuthen war, von vornherein auch jener unerläßlichen Forderung der Selbständigkeit der Herzogthümer entgegen getreten ist, so wird dies für die Mächte ein Grund mehr sein müssen, bei der Entscheidung der Erbfolge-Frage von dem König von Dänemark vollends abzusehen. Je klarer durch das Verhalten Dänemarks nach allen Seiten hervortritt, daß die politische Selbständigkeit der Herzogthümer in irgend einer Verbindung mit Dänemark überhaupt nicht gesichert werden kann, desto mehr ist die Lösung der Frage nur in der gänzlichen Trennung von Dänemark zu suchen. In diesem Sinne scheint sich unsere Regierung mit der österreichischen bereits in weiteres Vernehmen gesetzt zu haben.

In den zwei Tagen seit ihrer Ueberreichung sind zu der Arnim'schen Adresse abermals 8000 Unterschriften hinzugekommen, so daß die Gesammtzahl gegenwärtig auf 43,000 gestiegen ist. Zu den Unterzeichnern gehört namentlich eine große Anzahl von Mitgliedern des Herrenhauses.

Berlin, 26. Mai. Der offiziöse Korrespondent der „Allg. Ztg." schreibt:

Das wichtigste Ereigniß des Tages ist die Zustimmung des Wiener Kabinets zu der preußischen Proposition: die Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins unter dem am nächsten zur Erbfolge berechtigten Souverän als das gemeinsame Ziel der österreichisch-preußischen Politik zu verfolgen. Die Angelegenheit der Herzogthümer ist dadurch in eine ganz neue Entwicklung getreten, und der Bund wird nun wohl kein Bedenken tragen, in die gemeinsame Aktion der deutschen Großmächte gegen Dänemark einzutreten, falls eine Verlängerung des Waffenstillstandes nicht erfolgen, oder derselbe überhaupt nicht zum Frieden führen sollte. Ueberraschend ist nun die telegraphisch gemeldete Bereitwilligkeit der Westmächte, die Personalunion und den Londoner Vertrag aufzugeben und das mit Südschleswig vereinigte Holstein von Dänemark zu trennen. Bis jetzt hat noch keine deutsche Macht den Gedanken der Trennung Schleswigs nach den Nationalitäten ausgesprochen; indem aber England und Frankreich mit diesem Projekt auftreten, lassen sie zugleich die Absicht erkennen, Dänemark in der Lösung der Frage eine möglichst günstige Position zu verschaffen.

Der „Köln. Ztg." wird von hier geschrieben:

Die Lostrennung von Dänemark ist jetzt die allgemeine Losung. Was nun das „Rechtsverfahren" angeht, welchem die Erledigung der Erbfolge-Frage zugewiesen werden soll, so ist dies in der politischen unter dem Namen des großen X bekannt. In den zwischen Hrn. v. Bismarck und dem Grafen Rechberg bei Gelegenheit der Instruktionen des Bundestags-Gesandten gewechselten Depeschen war mehrfach die Rede davon. Jeder der beiden Minister dachte sich wahrscheinlich, wenigstens in Bezug auf die Ausführung, etwas Anderes dabei, und dieser Instanzenzug wird noch manche Erörterung hervorrufen. Da indessen eine Verständigung zwischen den Großmächten und dem Bunde auch über diesen Punkt sich vorbereitet, wenn nicht schon erzielt ist, so wird auch in diesem wichtigen Punkt eine günstige Lösung wohl durchgesetzt werden. . . Eine anderweitige, bis vor kurzem als nicht gering angesehene Schwierigkeit ist die Frage der Entschädigung wegen der Kriegskosten. Man hört in dieser Beziehung sagen, daß die Schleswig-Holsteiner um den Preis der definitiven Lostrennung von Dänemark möglicher Weise eine Anleihe zu erträglichen Bedingungen übernehmen würden.

Berlin, 27. Mai. (W. K.-B.) Der „Staatsanzeiger" sagt, daß in Folge der theils tendenziösen, theils unwahren Berichte französischer und englischer Blätter über angebliche Nichterfüllung oder Verletzung der Waffenstillstands-Bedingungen von Seiten „Preußens" amtliche Erhebungen veranlaßt wurden, welche ergeben, daß die Alliirten die Stipulationen des Waffenstillstandes wörtlich erfüllten. Der Handel, der Verkehr und der Gang der Verwaltung sind ungehemmt. Eine Erhebung von Kontributionen hat seit dem Eintritt der Waffenruhe nicht stattgefunden; die früher konfiszirten Waarenvorräthe werden bewacht, aber nicht verkauft. Die Truppen leben aus den von preußischen Lieferanten gefüllten Magazinen. Für die Zeit der Waffenruhe ist mit dem dänischen General v. Gerlach eine allen Interessen entsprechende Verabredung getroffen. Das Kommando der Alliirten hat dagegen zur Sicherung der militärischen Interessen nichts der Armee Nachtheiliges in dem besetzten Lande geschehen lassen. Ausschreitungen der dänischen Behörden in dieser Richtung wurden mehrfach versucht, wie z. B. Rekrutenaushebung, Zollerhebung 2c., aber gebührend zurückgewiesen. Die Alliirten sind den Uebergriffen der Dänen fest entgegen getreten, den Vertrag aber haben sie streng erfüllt.

Wien, 25. Mai. Die „Wien. Abendp." sagt unterm 25. d.:

Die neue Phase, in welche die Entwicklung des deutsch-dänischen Streites getreten ist, beginnt ihre Rückwirkung auf die Haltung der europäischen Presse zu äußern. Auch in dieser Phase ist eine vollkommene und bis ins Detail gehende Uebereinstimmung der beiden deutschen Großmächte zu konstatiren — eine Uebereinstimmung, deren erfreuliche und bedeutende Folgen für die Sache der Herzogthümer sicher nicht ausbleiben werden. Ueber die veränderte Situation, welche die in der jüngsten Zeit eingetretenen Thatsachen geschaffen haben, werden wohl schon die nächsten Tage, wenigstens der 28. Mai, an dem die nächste Konferenzsitzung in London stattfinden soll, genauere Aufschlüsse geben.

Italien.

Turin, 25. Mai. Der Staatsrath hat in der Angelegenheit des Msgr. Caccia, Kapitularvikars von Mailand, den Entscheid gefällt, daß dieser Prälat sich eines Mißbrauchs seiner amtlichen Stellung schuldig gemacht habe.

Frankreich.

♁ **Paris**, 27. Mai. Der „Moniteur" erklärt die von verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht, daß der Herzog von Magenta zur Nachfolge des Marschalls Pelissier berufen sei, für unbegründet; noch sei nichts beschlossen. — Vizeadmiral Bouet-Willaumez ist mit der 2. Division des Mittelmeer-Geschwaders vorgestern vor Tunis angelangt. Der „Constitutionnel" bemerkt heute, daß Frankreich nicht müßiger Zuschauer bleiben könnte, falls irgend eine Macht eine Abänderung an der Verfassung der Regentschaft Tunis, namentlich vom Standpunkt der Souveränetät aus, versuchen sollte. — Die Zeitung „la Paroisse", welche die päpstl. Bulle an den Kardinal Bonnald wegen Einführung der römischen Liturgie in der Diözese Lyon veröffentlichte, wurde mit Beschlag belegt. — Am 5. Mai wurde auf dem Wege von Beyruth nach Damaskus eine Karawane, an deren Spitze sich ein Franzose, Namens Martin, befand, von den Beduinen unter Emir Selman Harfuch angefallen und Martin ziemlich schwer verwundet. Auf die von dem französischen Konsul bei Ruchdi-Pascha, Gouverneur von Damaskus, erhobene Beschwerde wurde, wie der „Abend-Moniteur" meldet, ein Preis von 100,000 Piaster auf den Kopf des Emir Selman gesetzt, welcher die Sicherheit dieser Straße störte. — Die „France" glaubt versichern zu können, daß die von mehreren Blättern mitgetheilte Korrespondenz zwischen Lord Lyons, englischen Gesandten zu Washington, und dem Präsidenten Jefferson Davis, wegen des Baues südstaatlicher Schiffe in England unecht und vollständig erdichtet sei. In dieser Korrespondenz war der englischen Regierung eine dem Süden wenig günstige Sprache zugeschrieben. — Hr. v. Montalembert, von welchem so eben eine neue Broschüre unter dem Titel „Der Papst und Polen" erschien, wird dieses Mal den kathol. Kongreß zu Mecheln nicht besuchen, wo seine Anwesenheit im vorigen Jahre Spaltungen veranlaßte. — Weder der König von Portugal, noch Prinz Humbert, noch der Infant von Spanien werden nach Paris kommen, wie Zeitungsgerüchte wissen wollten. — Die Börse war wieder sehr flau. Rente variirte zwischen 66.60 und 66.65. Mobilier wich auf 1146.25. Mexikan. Anleihe fiel auf 58½.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Mai. (Nat.-Ztg.) Auch im Laufe des gestrigen Nachmittags waren unter dem Vorsitze des Königs auf der Amalienburg wiederum die Minister versammelt, um endgiltige Instruktionen für die auf den 28. d. M. anberaumte nächste Sitzung der Londoner Konferenz festzustellen. Nach längerm Hin- und Herdebattiren hat König Christian und dessen nächste Rathgeber mit dem Minister-

präsidenten Bischof Monrad an der Spitze sich einstimmig gegen eine Verlängerung der Waffenruhe unter den gegenwärtigen Bestimmungen entschieden. Es wurde alsdann mit diesem Beschluß ein eigener Kurier nach London entsandt, und man überläßt sich hier in der That der Hoffnung, daß die deutschen Verbündeten Jütland räumen werden, um durch Verlängerung der Waffenruhe den Frieden anzubahnen. — „Fädrelandet" bespricht das Projekt einer Theilung Schleswigs nach der Nationalität, weist aber dasselbe als unbrauchbar zurück, da das „Kronland Schleswig" im Gegensatz zu dem „Bundeslande Holstein" nur in ungetheiltem Zustande für Dänemark verwendbar sei.

Schweden und Norwegen.

Gothenburg, 25. Mai, Abends. Die „Gothenburger Handelszeitung" meldet: Das schwedisch-norwegische Geschwader hatte einige Tage Uebungen in der Nordsee und kehrte am Samstag nach Gothenburg zurück, um den König nach Christiania zu bringen.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 17. Mai. Vorgestern befand sich die Regierung in großer Besorgniß vor einem Aufstand, und alle Maßregeln waren getroffen, um demselben zu begegnen. Das Militär war konsignirt, und Trommler und Hornisten waren über die ganze Stadt vertheilt, um sofort Alarm machen zu können. Aber die Ruhe und Ordnung wurde nirgends auch nur im geringsten gestört, und das Volk verharrte in seiner gewöhnlichen Theilnahmlosigkeit. An allen Straßenecken waren die nachstehenden Plakate und Proklamationen angeschlagen:

An die Bewohner von Bukarest! Der Fürst der Rumänen, der Erwählte vom 5. und 24. Januar 1859, hat nach großer Langmuth dem Willen des Landes nachgegeben, und eine auf einem beschränkten Wahlgesetz beruhende Kammer geschlossen, welche seit fünf Jahren Rumänien auf derselben Stelle ließ, indem sie sich der Verwirklichung der großen und freisinnigen Prinzipien der Konvention vom 19. Aug. 1858 widersetzte. Alexander Johann I. appellirt durch dieses Dekret an das rumänische Volk, daß es sich aussprechen möge über das weiter zu entwickelnde Statut der Konvention und über das neue Wahlgesetz, welches uns eine Versammlung geben wird, welche eine wirkliche Vertretung der Nation ist. Der Fürst hat die Initiative zu diesem großen Schritt ergriffen im Interesse der vereinigten Fürstenthümer, welche die ehrgeizigen und rebellischen Mitglieder der aufgelösten Kammer zu trennen beabsichtigen, im Interesse der Nation, welche fern von jeder Betheiligung am öffentlichen Leben gehalten wurde, im Interesse des Landes, welches schon länger als fünf Jahre auf seine moralische und materielle Entwicklung wartet. Alexander Johann unterbreitet diesen Schritt dem Urtheil der Nation und der Beurtheilung des aufgeklärten Europa's. Indem wir in eine neue große Aera eintreten, sind Ruhe und Ordnung die größten Bedürfnisse des Landes, und die ersten Wünsche, welche man gegen euch ausspricht. Ich wende mich also an euren Patriotismus; gebt das Beispiel der Ordnung! Alle ehrenhaften und friedlichen Bürger mögen die Regierung bei ihrer großen Aufgabe unterstützen. Bewohner von Bukarest! Setzet all' euer Vertrauen auf Se. Hoheit den regierenden Fürsten. Er ruft euch heute zu euren politischen Rechten, morgen wird er, unterstützt von der zukünftigen Kammer, die diesmal von der ganzen Nation erwählt ist, euch glückliche moralische und materielle Zustände geben. Söhne der Hauptstadt Rumäniens, geht als die Ersten voran mit dem Beispiel der Ordnung! Uebrigens werde ich alle Diejenigen, welche einen Aufstand versuchen sollten, zu hindern und zu bestrafen wissen. Bukarest, 2. Mai 1864. Der Minister des Innern Cogalnitscheano.

(Folgen die Dekrete, welche die Kammer auflösen, das neue Wahlgesetz und das neue Statut der allgemeinen Abstimmung unterbreiten, und das Preßgesetz aufheben.)

Folgender Tagsbefehl wurde an die Armee erlassen:

Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten! Große Ereignisse haben sich vollzogen! Die Kammer hat meiner Regierung ihre Unterstützung verweigert für einige Maßregeln, welche die Entwicklung unserer öffentlichen Freiheiten und der Wohlfahrt des Landes bezwecken. Ich habe sie aufgelöst; die gesammte Nation ist berufen, ihren Willen auszusprechen. Eure Pflicht ist es, die öffentliche Ruhe zu erhalten, und darüber zu wachen, daß der Wille der Rumänen in aller Freiheit sich kundgeben kann. Zeigt euch wie immer als zuverlässige Vertheidiger der Ordnung und der Disziplin. Nachdem ich lange Zeit durch unveränderliche Geduld die schlimmen Leidenschaften niedergehalten habe, werdet ihr jetzt die Ehre haben, dazu beizutragen, durch eure Energie und loyale Haltung dem Lande endlich die Freiheit zu geben, und Diejenigen ohnmächtig zu machen, welche die Interessen und die Würde unseres Landes kompromittiren. Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten! Ich habe mich immer auf euch gestützt, und ihr habt euch immer würdig meines Vertrauens gezeigt. Auch diesmal werdet ihr, wie ich nicht zweifle, die Aufgabe erfüllen, welche ich euerm Patriotismus anvertraue. Bukarest, 3. Mai 1864. Alexander Johann. Der Kriegsminister: General Manu.

Bukarest, 25. Mai. In den bei den Polizeikommissionen aufgelegten Listen für das Plebiszit haben nur sehr wenige Personen sich mit „Nein" eingetragen. Dagegen enthält sich der größte Theil der gebildeten Bevölkerung gänzlich der Abstimmung. In Jassy wurde der Phanariot Balsch aus demselben Grund wie Soutzo hier verhaftet. Prinz Gregor Soutzo mußte auf Befehl der Regierung das Wappen von seinem Hause herunternehmen, weil sein Vater des Landesverraths angeklagt ist. Ein Rechtsspruch ist gegen Soutzo's Vater noch nicht erfolgt.

Türkei.

Aus **Konstantinopel**, 18. Mai, wird gemeldet: „Ali Pascha hat heute die zweite Konferenz über die Donaufürstenthümer mit der Erklärung eröffnet, daß den Uebergriffen des Fürsten Kusa Halt geboten und die Suzeränetät des Sultans, sowie die durch die Großmächte garantirten Rechte, wenn auch gerade nicht durch eine militärische Besetzung des Landes, so doch wenigstens durch eine diplomatische Vereinbarung gewahrt werden müßten. Der englische Botschafter, Sir E. Bulwer, unterstützte diesen Antrag; der französische, Hr. de Moustier, sagte, es müsse auch den vollendeten Thatsachen und den Umständen Rechnung getragen werden, welche den Fürsten Kusa nöthigen, sich gegen die feindlichen Parteien zu vertheidigen. Ali Pascha erwiederte, die hohe Pforte sei zur Versöhnung bereit. Gestern war telegraphisch hier die Kunde vom Staatsstreiche des Fürsten Kusa eingetroffen. Man sagt, der Fürst werde eine Rechtfertigungsdenkschrift veröffentlichen und darin beweisen, daß Oesterreich und Rußland seine Staaten mit einer Invasion bedrohen. An dem Erfolge der Konferenz wird stark gezweifelt."

Großbritannien.

* **London**, 26. Mai. Ueber die Stimmung in Kopenhagen berichtet der Korrespondent der „Morn. Post":

Im Marineministerium werden die größten Anstrengungen gemacht, damit die Flotte in Stand gesetzt werde, um am Schluß der Waffenruhe die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen. . . Indem ich der Flotte erwähne, kann ich mich unmöglich der Bemerkung enthalten, daß, während hier Wenige ohne Kummer, ja ohne Zorn, von dem Verhalten der englischen Regierung gegen Dänemark zu sprechen vermögen, Ton und Miene sich bei Jedem doch augenblicklich ändern, sobald man die geringste Andeutung fallen läßt, daß ein baldiges Zusammenwirken der englischen und dänischen Flotte gegen die Feinde Dänemarks noch immer ins Reich der Möglichkeit gehöre.

Schließlich gesteht dieser martialischste und danomanischste aller englischen Korrespondenten, daß der Plan einer Theilung Schleswigs nach den Nationalitäten, als Unterhandlungsbasis genommen, noch jetzt zu einer befriedigenden Lösung führen könnte.

Der Spezialkorrespondent des „Daily Telegraph" im dänischen Heerlager, der aus Aarhuus und Viborg in Jütland schreibt und sich möglichst unparteiisch zu sein bemüht, äußert sich über die angeblich preußischen Erpressungen ganz anders, als die englischen Leitartikel, wohlgemerkt, auch anders als die Leitartikel des „Telegraph" selbst. Die Preußen, Offiziere und Soldaten, seien so höflich als möglich, und die Einwohner sehr kalt; aber man könne auch nicht sagen, daß unter den Jütländern ein wirklicher Haß gegen die Preußen hervortrete. Er faßt das Resultat seiner Beobachtungen in folgenden Zeilen zusammen:

Ich habe gesagt und wiederhole nochmals, daß die von den Preußen begangenen Gewaltthätigkeiten stark übertrieben werden; aber die bloße Thatsache, daß sie als Eroberer in diesem rein dänischen Lande anwesend sind, ist an sich eine so große Gewaltthat, daß es ihre eigene Schuld ist, wenn man ihnen Missethaten vorwirft, welche sie nicht begangen haben. (!)

Gestern hat unter Betheiligung einer ungeheuren Volksmenge das jährliche Derby-Rennen bei Epsom stattgefunden. Selbstverständlich trat da alle Politik in den Hintergrund. Die Zeitungen beschäftigen sich heute mehr mit Amerika, als mit der deutsch-dänischen Angelegenheit. — Die Gesammtsumme der in England für die dänischen Verwundeten gesammelten Beiträge macht 9066 Pf. Strl. 12 Sh. 4 P. — In Dublin ist gestern die irische Industrieausstellung eröffnet worden.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 23. Mai. 14. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden. (Fortsetzung.)

Graf Hennin: Die vorliegende Frage dürfte von einem doppelten Gesichtspunkte, vom politischen und vom finanziellen, aus zu betrachten sein.

Anlangend den erstern, und es ist dieses wohl der wichtigere, so nähere ich mich derjenigen Ansicht, welche gegen die diplomatische Vertretung der großh. Regierung am italienischen Hofe ausgesprochen wurde. Ich will mich übrigens eines nähern Eingehens auf die politischen Ereignisse in Italien in den letztern Jahren und auf die Neugestaltung der dortigen Territorialverhältnisse enthalten und beschränke mich einzig auf die Bemerkung, daß wenigstens über die Art und Weise, wie die Regierung von Turin sich in den Besitz der meisten italienischen Staaten gesetzt hat, die Geschichte einstens richten wird.

Das Moment, welches mir als das wichtigste in dieser Sache erscheint, ist, daß weder der Deutsche Bund, noch irgend ein anderer deutscher Staat — mit Ausnahme Preußens, das übrigens zugleich europäische Großmacht ist — den jetzigen faktischen Territorialzustand Italiens anerkannt hat. Nach meinen Anschauungen über die Solidarität und Zusammengehörigkeit der einzelnen deutschen Staaten ist es unbedingt wünschenswerth, daß bezüglich der Stellung derselben zum Ausland sämmtliche Staaten in allen wichtigen Fragen in möglichst größter Uebereinstimmung handeln, indem es lediglich diese Einigkeit ist, welche dem deutschen Vaterland Macht und Ansehen dem Ausland gegenüber verleiht. Ich hätte daher gewünscht — und ich muß es offen aussprechen, — daß die großh. Regierung nicht für sich allein die Anerkennung des neuen Königreichs Italien und die Eingehung neuer diplomatischer Verbindungen mit demselben beschlossen hätte, ehe solches vom Deutschen Bunde oder der Mehrheit der größeren oder Mittelstaaten Deutschlands geschehen wäre.

Der Hauptschwerpunkt in dieser Sache muß nach meiner Ansicht in den deutschen Interessen, in der Einigkeit und Zusammengehörigkeit der deutschen Staaten liegen, besonders wenn es sich um die Stellung gegenüber einer ausländischen Macht handelt, welche nach ihren Kundgebungen fortwährend eine einem mächtigen deutschen Bundesfürsten gehörige außerdeutsche Provinz, ein wahres Bollwerk für den Schutz der deutschen Südgrenze, bedroht.

Diese auf einem allgemeinen deutschen Standpunkt beruhende Betrachtung wiegt bei mir schwerer, als die Gründe, welche für eine diplomatische Vertretung in Turin vorgetragen wurden; insbesondere könnten die Verkehrsverhältnisse durch Konsulate wahrgenommen werden.

Ich muß mich daher, in so lange der Deutsche Bund oder wenigstens die Mehrzahl der deutschen Regierungen den dermaligen Territorialzustand Italiens nicht anerkannt haben, gegen die diplomatische Vertretung Badens in Turin aussprechen.

Anlangend die finanzielle Seite der Sache, so ist zuvörderst einleuchtend, daß bei der geringen Zuständigkeit der Ersten Kammer in Finanzsachen eine abweichende Meinung derselben nicht von praktischem Belang ist. Gegen das ganze Budget des großh. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten werde ich übrigens nicht stimmen, da ich die Mittel zu einer würdigen Vertretung Badens im Ausland nicht beschränken möchte; dagegen werde ich, wenn es zur Abstimmung über die eventuelle Ermächtigung der Regierung, aus den Ersparnissen des Budgets den Geschäftsträgerposten in Turin zu dotiren, kommt, wenigstens zur Zeit dagegen stimmen.

Frhr. v. Roggenbach: Die Angriffe bezüglich dieses Postens kommen der großh. Regierung nicht unerwartet, und nachdem solche vielfach in der Presse laut geworden, überrascht uns nicht, auch in diesem hohen Hause dieselben wieder zu finden. Dieselben sind begründet in den Sympathien der geehrten Herren. Die Regierung kann aber nicht auf Sympathien Rücksicht nehmen, sie muß nach andern Rücksichten und Pflichten handeln, sie muß handeln nach den Interessen des Landes und nach den großen politischen Gesichtspunkten, die die Grundlagen ihrer Politik bilden. Die Regierung läßt sich durch keine Tendenzpolitik in der Verfolgung der doppelten Interessen des Landes wie Deutschlands beirren.

Eben so wenig vermag ich einen stichhaltigen Einwand gegen die Absichten der Regierung in den Argumenten anzuerkennen, welche darauf abzielen, eine badische Gesandtschaft werde, weil eine imponirende Macht nicht hinter ihr stehe, in Turin nichts zu erreichen vermögen. Im Gegentheil liegt in diesem Verhältniß nur eine um so dringendere Mahnung, durch freundliches Entgegenkommen für die Förderung unserer Interessen zu thun, was wir durch überlegene Macht zu erreichen nicht im Stande sind.

Niemand kann aufrichtiger als ich beklagen, daß wir eine Gesammtvertretung des Bundes noch nicht haben. Darin liegt aber nur ein Grund, zu versuchen, auf anderm Wege Das zu erreichen, was durch jene erreicht werden soll. Wir haben ein bestimmtes Bild deutscher Politik und bestimmte Interessen dieser Politik vor Augen; darnach bemessen sich unsere anderweitigen Verbindungen, darnach bestimmt sich, was für uns anzustreben ist, oder nicht. Entbehren die deutschen Interessen zur Zeit auch der gemeinsamen Vertretung, so müssen die einzelnen Staaten doch ihrerseits auf der Linie handeln, auf der diese künftige nationale Politik sich bewegen wird oder bewegen muß, wenn sie einmal die Organe gewonnen haben wird. Nur, wenn ein gemeinsames Organ für Deutschland existirt — von welcher Seite dasselbe auch aufgestellt worden wäre — würde es unzweifelhaft suchen, zu dem gleichen Resultat zu kommen, das wir anstreben, nämlich mit Italien gut zu stehen. Ein freies und mächtiges Italien würde der natürliche Alliirte eines geeinigten Deutschlands sein. In dieser Beziehung befinde ich mich im vollsten Gegensatze zu einem der geehrten HH. Vorredner, welcher Italien den Erzfeind Deutschlands genannt hat. Wenn aber dieses auch begabte Volk uns feindselig gegenüber stand, so war es nur durch seine Unterdrückung zu unserm Feind geworden, weil und so lange es der Spielball Fremder war! Sobald es nach seinen eigenen Interesse handeln kann, wird es sich anschließen an Deutschland, denn die Interessen beider Länder suchen und ergänzen sich; sie haben die natürlichste und solideste Grundlage dauernder Allianzen, indem sie in ihrer Verbindung gegenseitig erhöhte Sicherheit gegen gemeinsame ihnen drohende Gefahren finden.

Auf dieser Linie, welche der deutschen Politik mit Nothwendigkeit vorgezeichnet ist, handelte die Regierung einstweilen für sich allein, sicher, in nicht ferner Zukunft auf ihrem Wege ihren Bundesgenossen zu begegnen. Sie mußte um so mehr für sich entscheiden, als Deutschland in dieser Frage nicht als Einheit aufgetreten ist. Die beiden deutschen Großmächte haben in dieser Sache entgegengesetzte Entschlüsse gefaßt. Die Regierung mußte eine Wahl treffen, ob sie auf die Seite einer kleinen Minorität sich stellen wolle, die einen nach ihrer Ueberzeugung unhaltbaren Standpunkt vertheidigt, oder ob sie dem Vorgange fast ganz Europa's folgen wollte, wozu alle Interessen des Landes sie aufforderten. Selbst im Interesse des Kaiserstaats muß man wünschen, daß der Gegensatz zu Italien sich ausgleicht; und ich habe das Vertrauen, daß dies geschieht. Denn wenn die bisherige Politik Oesterreich nach der Herrschaft in Italien streben ließ, so geschah dies nur, um fremdem Einfluß dort entgegen treten zu können. In dem geeinigten, sich selbst wiedergegebenen Italien ist aber ein den deutschen Interessen nachtheiliger fremder Einfluß nicht zu befürchten, und um so weniger, je früher wir selbst in die von der Natur angezeigten freundschaftlichen Beziehungen zu diesem jungen, in rascher Entwicklung begriffenen Reiche treten.

Sicher ist die Regierung stets bereit, auf ein so bedeutendes Bundesglied, wie Oesterreich, jede Rücksicht zu nehmen, und ist sich bewußt, diese Rücksicht nie außer Acht gelassen zu haben; aber bei der Wahl, einer einzigen, in einer ganz speziellen Ausnahmestellung befindlichen Großmacht oder ganz Europa zu folgen und damit zugleich die korrekte Linie deutscher Interessenpolitik einzuhalten, konnte die großh. Regierung sich nur für die letzte Alternative entscheiden.

Man hat der liberalen Regierung Inkonsequenz vorgeworfen, daß sie sich durch Neubegründung einer Gesandtschaft getrennt habe von der liberalen Partei, welche gegen die diplomatische Vertretung der Kleinstaaten sei. Die politischen Grundsätze dieser Partei fordern die Herstellung einer gemeinsamen diplomatischen Vertretung für ganz Deutschland, und zu dieser Forderung bekenne ich mich mit vollster Ueberzeugung. So lange wir aber die gemeinsame Vertretung nicht besitzen, ist eine solche den Einzelstaaten unentbehrlich, und mag man über den ihr nothwendigen Umfang streiten, jedenfalls halte ich die Schritte, wie sie in Nassau geschehen, im Interesse der liberalen Partei selbst für verfehlt. Ich überschätze nicht den Werth der kleinstaatlichen Diplomatie — allein, von allem Andern abgesehen, ist eine beträchtliche Menge geschäftlicher Leistungen durch die Gesetzgebung nun einmal an die Gesandtschaften geknüpft, die ohne erhebliche Umgestaltung der letztern nicht einfach beseitigt werden können. Wie bedeutend selbst nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen der geschäftliche Verkehr zwischen unsern, durch unzählige Verkehrsbeziehungen verbundenen Staaten ist, zeigt am sprechendsten das Beispiel von Oesterreich und Italien, zwischen welchen ein Verkehr von einer sehr großen Zahl von Geschäftsnummern durch eine dritte Macht vermittelt wird. Auf diese zu erbittende Hilfe sind wir überall verwiesen, wo wir keine eigenen Gesandtschaften haben, und so sehr wir die namentlich von Preußen den Zollvereins-Staaten bereitwilligst gewährte Vertretung anzuerkennen haben, so ist doch da, wo zahlreichere, eigenthümliche und erhebliche Interessen des Landes in Frage kommen, eine eigene Vertretung von hohem Werth.

Ich selbst wünsche nichts lebhafter, als ein allgemeines deutsches Gesandtschaftssystem — allein so lange dies nicht existirt, sind die Gesandtschaften der Einzelnstaaten nicht zu umgehen, um die Geschäfte zu erledigen, die durch die innere Gesetzgebung, durch internationale Vertretung und die Interessen des Landes ihnen auferlegt sind.

Man hat der Regierung bemerkt, sie habe ja auch in andern Ländern, Rußland, England u. s. w., keinen Vertreter; — das ist richtig, allein durchaus nicht erwünscht. Der Mangel wird einigermaßen ersetzt durch die ausgezeichneten Dienste der an einzelnen Orten thätigen Konsuln, theils auch durch die Vermittlung befreundeter Regierungen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wenn auch bisher eine Vertretung Badens in Italien nicht bestand, so ist eine solche jetzt in dem Maß nöthiger, als der Staat neu ist; denn um so mehr sind die Beziehungen und Geschäfte ungeregelt und desto mehr bedürfen sie der Regelung. In dieser Hinsicht ist eine Vertretung bei einem schon lange bestehenden Staat, mit dem Verträge und geordnete Verhältnisse bestehen u. s. w., weit eher zu entbehren. Unsere kommerziellen Beziehungen zu Italien sind sehr vielfach und einer großen Entwicklung fähig. Wie sehr wir bei der Richtung der neu zu errichtenden Verkehrswege nach Italien betheiligt sind, ist schon von anderer Seite hervorgehoben, so daß ich nicht länger dabei verweilen und nur eine Bemerkung eines andern Herrn Vorredners kurz widerlegen will. Derselbe hat auf die Brennerbahn hingewiesen, durch welche in kurzer Frist eine genügende Verbindung mit Italien hergestellt werde. Ueber diese gerade und kurze Verbindungslinie mit dem Süden mögen die Hansestädte und das davon berührte südöstliche Deutschland sich freuen und ich mißgönne ihnen die erwarteten Vortheile nicht; aber wir können doch eine Befriedigung unserer Interessen darin nicht finden, daß der Verkehr statt durch unser Land in weiter Ferne an uns vorüberzieht, und daß wir durch die Konkurrenz jenes vortheilhaftern Wegs einen großen Theil dessen verlieren, was wir bisher gehabt haben. Und wie im Osten die Brenner-, so bedroht uns im Westen die Simplon-Bahn. Schon Das mußte uns bestimmen, uns in Italien vertreten zu lassen, um die Interessen unseres Landes dort zu wahren; und indem wir dies thun, haben wir uns jetzt schon Anspruch auf den Dank unserer Nachbarn erworben, deren Sache im Verein mit der unsrigen zu sichern wir uns in Stand gesetzt haben. Wir haben hier ganz sicher nicht die „Isolirung Badens" zu befürchten, die immer wieder auftaucht, ja zu einer Art Mährchen geworden ist, das von Zeit zu Zeit wie die Seeschlange immer wieder erscheint. Wir stehen in vollkommen guten Beziehungen zu unsern Nachbarstaaten; ich habe nie etwas davon verspürt, daß wir in der Weise isolirt sind, wie der Herr Vorredner meinte. Man weist auf die Zollvereins-Frage und den Handelsvertrag hin. Vorerst sind wir mit unsern Nachbarn bemüht, diesen Verein zu erhalten, und noch steht aus, wessen Methode dieses, wie ich glaube, von Allen gewünschte Ziel herbeiführen wird. Man wird schließlich zu einer Verständigung gelangen, und dann scheint es mir wahrscheinlicher, daß unsere Nachbarstaaten zu unserm Standpunkt kommen, und weniger wir zu ihrem. Es ist auf die Stellung Bezug genommen worden, die Italien zu den Fragen eingenommen hat, welche die Interessen Deutschlands berühren und die gerade im Augenblick die öffentliche Meinung so tief ergreifen. Es sind Zweifel geäußert worden, daß dieselbe eine freundliche sei. Ich kann nur sagen, daß die Stellung der königl. italienischen Regierung zu den deutsch-nationalen Fragen nicht nur eine durchaus befriedigende, sondern eine so erwünschte ist, daß zu wünschen wäre, die der übrigen europäischen Mächte entspräche derselben in vollem Maße. Erst vor wenigen Tagen hat der italienische Minister der auswärtigen Angelegenheiten in einer ausgezeichneten Darlegung der Grundsätze italienischer Politik und der Stellung Italiens zu den europäischen Fragen auch des Verhältnisses zu Deutschland gedacht, und dabei Gesinnungen Ausdruck gegeben, die wir in vollem Maße durch den aufrichtigen Wunsch für die Prosperität Italiens zu erwiedern Ursache haben. In Betreff des deutsch-dänischen Konflikts aber hat die italienische Regierung, ohne ihre Anerkennung für den Muth und die Tapferkeit des dänischen Volks zu verläugnen, doch sich offen für die Berechtigung der Nationalitäten ausgesprochen — und getreu den Grundsätzen, auf welchen das neue Königreich sich gebildet, hat sie in der Befriedigung der deutschen Ansprüche eine Konsequenz derselben anerkannt.

Wir haben diese weitsichtige und hochherzige Politik mit Freuden begrüßt, und es erscheint uns von großer Wichtigkeit, die Keime eines so günstigen Verhältnisses zu einem großen und zukunftsreichen Lande zu pflegen, die dahin führen können; so berechtigt nichts, in dem Versuch unsererseits, die wahren deutschen Interessen daselbst zur Geltung zu bringen, eine wenig freundliche Haltung gegen ein so hervorragendes Bundesglied zu sehen.

Ich meinerseits kann mir sehr wohl denken, daß diese Vertretung auch für den Kaiserstaat nicht gleichgiltig ist, und wenn sie sich so erweisen sollte, dann hoffe ich, werden auch die Mitglieder, welche so sehr gegen Errichtung dieses Postens sich aussprechen, sich mit dieser Maßregel aussöhnen.

Hr. Graf Hennin wünschte, daß die Anerkennung durch den Bund abgewartet worden wäre; allein das war nicht möglich. Der Bund wäre bei dem Gegensatz der beiden Großmächte in der Frage nie zu diesem Beschluß gekommen, und das hatte uns nicht von der Pflicht entbunden, unsere Interessen rechtzeitig zu wahren.

Sollten die Gefahren aber wirklich vorhanden sein für Deutschland, von denen die verehrten Redner gesprochen, von denen ich aber sage, daß sie nicht vorhanden sind, so läge darin ein Grund mehr, an Ort und Stelle gegen deren Eintritt zu wirken — denn nur so kann es gelingen, sie zu beseitigen —, und gerade die verehrten Redner mußten es wünschen im Interesse von Deutschland und von Oesterreich selbst. Mir scheint auch, das kaiserl. Kabinet könnte nur gewinnen, wenn es suchen würde, einen legitimen und billigen Einfluß in Italien zu behaupten und dadurch Eventualitäten zu verhüten, die unerwünscht sind für Oesterreich und gewiß auch dadurch für Deutschland; wenn es auch aus Gründen, die gewiß einer Berechtigung nicht entbehren, bisher Umgang nahm, den Weg zu betreten. (Forts. folgt.)

†† Karlsruhe, 28. Mai. 51. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Justizministeriums, Staatsminister Dr. Stabel; Ministerialrath v. Seyfried; Ministerialrath Tröger; später auch der Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Dr. Vogelmann.

Nach Eröffnung der Sitzung werden einige Petitionen angezeigt, die wir nachtragen.

Die Abgg. Lenz und Fischler erhalten Urlaub.

Vom Abg. Schubert ist eine Zuschrift eingelaufen, wonach er sich wegen geschäftlicher Verhältnisse genöthigt sieht, sein Mandat als Abgeordneter der Stadt Lahr niederzulegen.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Behaghel erstatteten Berichts über den Entwurf eines Gesetzes, den Besitz von Liegenschaften durch Ausländer betr. Das Gesetz wird ohne Diskussion einstimmig in der Fassung der Ersten Kammer genehmigt.

Der Tagesordnung gemäß folgt die Berathung des vom Abg. Paravicini erstatteten Berichts über die in den Jahren 1864 und 1865 auf das Domanialgrundstocks-Vermögen zu übernehmenden außerordentlichen Ausgaben.

§. 1. Zur Anschaffung von Kunstgegenständen in die Kunsthalle dahier 16,000 fl. Es ergreift nur der Abg. Beck das Wort, um sich mit der Forderung einverstanden zu erklären und den Wunsch auszusprechen, daß hauptsächlich Bilder hier lebender Künstler angekauft werden möchten, worauf nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Friderich die Forderung genehmigt wird.

§. 2. Zur Herstellung einer weitern Wasserleitung für den Hofbezirk dahier 181,216 fl. Die Forderung wird ohne Diskussion genehmigt. Die nähern Details der Ausführung finden unsere Leser in der vorigen Beilage der Karlsruher Zeitung.

§. 3. Zur Herstellung eines Gebäudes für die Hofbibliothek und das Naturalienkabinet 202,765 fl., nämlich 162,000 fl. aufrecht zu erhaltender Kredit und 40,000 fl. neue Mehrforderung. Nach dem neuesten, von Oberbaurath Berckmüller aufgestellten Plan soll im untern Stock des im monumentalen Baustyl aufzuführenden Gebäudes die ethnographische Sammlung und die der Alterthümer, im mittlern Stock das Naturalienkabinet und im dritten Stock die Bibliothek untergebracht werden. Die Ausführung des ganzen Gebäudes würde einen Aufwand von 877,000 fl. erfordern und Räumlichkeiten schaffen, die wohl in den nächsten 20 bis 30 Jahren noch nicht einmal nöthig werden; es wurde daher von großh. Regierung angeordnet, daß zwar dieser Bauplan beibehalten, aber jetzt noch nicht vollständig ausgeführt werden soll, sondern erst, wenn sich ein weiteres Bedürfniß dazu zeigt. Die Kosten für den Bau in dieser beschränkteren Ausdehnung sind auf 620,000 fl. veranschlagt, von denen für jetzt die obige Summe gefordert wird, während der Rest mit 418,000 fl. auf die nächsten Budgetperioden vertheilt werden soll.

Zunächst ergreift das Wort

Abg. Beck, um sich gegen die Verlegung der Bibliothek in den dritten Stock des Gebäudes zu erklären.

Berichterstatter Paravicini vertheidigt den Plan. Abg. Moll hätte die Ausführung lieber nach dem frühern billigern Plan hergestellt gesehen. Abg. Friderich spricht sich in ähnlichem Sinn aus.

Staatsrath Vogelmann: Die Architekten erklärten einstimmig die frühere Summe für zu niedrig.

Berichterstatter Paravicini: Die Ueberschläge seien gegenüber den heutigen Preisen nicht zu hoch gegriffen.

Abg. Roßhirt erklärt sich mit der Herstellung des Baues in monumentalem Baustyl einverstanden.

Abg. Beck wiederholt seinen frühern Wunsch und spricht den neuen aus, daß das Gebäude nicht in den südlichen Theil des Erbprinzengartens gebaut werde, da hierdurch die schöne Parkanlage desselben aufgegeben werden müsse, sondern in den nördlichen Theil des Gartens.

Staatsrath Vogelmann erwiedert auf die vom Abg. Beck ausgesprochenen Wünsche, daß die Architekten, sowie sämmtliche bei den betreffenden Sammlungen beschäftigten Beamten die vorliegende Eintheilung der Räumlichkeiten als zweckmäßig gebilligt hätten.

Die Forderung wird hierauf genehmigt.

Schluß der Sitzung.

†† Karlsruhe, 28. Mai. 52. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 31. Mai, Vormittags ½10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung des Berichts des Abg. Behaghel zu dem Gesetzentwurf über die Aenderung der Gebühren für einige Geschäfte der Rechtspolizei-Verwaltung. 3) Erstattung und Berathung von Petitionsberichten.

Baden.

* Bruchsal, 27. Mai. Am 17. Mai hielt die ständige Deputation des deutschen Juristentags zu Mainz ihre statutenmäßige Sitzung, in welcher sie zunächst in Folge des Austritts des Hrn. Präsidenten Dr. Knym sich durch Hrn. Gerichtsrath Dr. Aull in Mainz ergänzte und hierauf den bisherigen Ehrenpräsidenten, Hrn. Geh. Rath Dr. v. Wächter, welcher bisher die Obliegenheiten eines geschäftsführenden Präsidenten zu übernehmen die Güte hatte, zum Präsidenten, sowie den Hofgerichts-Rath v. Stösser aus Bruchsal zum Vizepräsidenten erwählte. Als Ort des nächsten Juristentags ward Braunschweig und als Zeit die Tage vom 25. bis 29. August d. J. dahin bestimmt, daß am 25. Abends die Begrüßung stattfinden wird; am 26. werden sofort die ersten Sitzungen im Plenum, sowie in den Abtheilungen abgehalten, letztere am 27. fortgesetzt, und am 29. die Schlußsitzung abgehalten werden. Bei dieser Zeitbestimmung wird es auch noch den badischen Mitgliedern des Juristentags möglich sein, sich dabei zu betheiligen. Gegenstand der vorläufigen Tagesordnung sind hauptsächlich:

Mittheilung über den Stand der deutschen Gesetzgebung; für die I. und II. Abtheilung: 1) Gesetzgebungsfrage: Soll von der Gesetzgebung das Gewohnheitsrecht als giltige Rechtsquelle anerkannt werden, und bejahenden Falls in welchem Umfang? Auf die Gutachten des Hrn. Oberappellationsgerichts-Raths Becker in Oldenburg, sowie des Hrn. Geh. Justizraths Dr. Beseler in Berlin wird Hr. Geh. Justizrath Professor Dr. Ihering in Gießen das Referat erstatten. 2) Das Vormundschaftswesen betr., worüber Gutachten erstattet sind von den HH. Gerichtsrath Dr. Aull in Mainz und Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Heyßler in Wien. Referent: Hr. Notar Euler in Düsseldorf. 3) Die Einführung und Organisation der Handelsgerichte. Referent: Hr. Obergerichtsanwalt Dr. Pfeiffer in Bremen, auf die Gutachten der HH. Oberjustizrath v. Holzschuher und Professor Dr. Anschütz. 4) Die Akkord- (Konkurs-) Gesetzgebung. Referent: Gerichtsassessor Makomer in Berlin.

Für die III. Abtheilung: 1) Gesetzgebungsfrage, den Zeugnißzwang in Strafsachen betr. Referent: Professor Dr. Glaser in Wien, auf die Gutachten der HH. Prof. Dr. Geyer in Innsbruck und Obertribunalsrath v. Tippelskirch in Berlin. 2) Den Zeitpunkt der Beeidigung in Strafsachen betr. Referent: Hr. Rechtsanwalt Dr. Schaffrath in Dresden, auf die Gutachten der HH. Staatsanwalt Garcis in Pirna und Landesgerichtsrath Dr. Liszt in Wien.

Für die IV. Abtheilung: 1) Gesetzgebungsfrage: Erscheint es für das deutsche bürgerliche Verfahren geboten oder auch nur zweckmäßig, daß die Zulässigkeit des Zeugenbeweises auf Rechtsgeschäfte von verhältnißmäßig nur geringem Betrage beschränkt, — und daß derselbe von dem Inhalte einer Urkunde oder zur Ergänzung des Inhalts oder zur Herstellung von Reden, die vor, während oder nach Abfassung einer Urkunde vorgefallen sein sollen, ausgeschlossen werde? Referent: Hr. Stadtrichter Hiersemenzel in Berlin, auf die Gutachten der HH. Oberhofgerichtskanzler Haaß in Mannheim und Professor Dr. Hinschius in Halle. 2) Die Organisation der Staatsanwaltschaft betr. Referent: Obergerichtsrath Planck in Mezzen, auf das Gutachten des Hrn. Ministerialraths v. Freydorf in Karlsruhe.

Schließlich machen wir darauf aufmerksam, daß nach §. 3 der Statuten zur Mitgliedschaft des Deutschen Juristentages berechtigt sind die deutschen Richter, Staatsanwälte, Advokaten und Notare, die Aspiranten des Richteramts, der Anwaltschaft und des Notariats, sowie Jeder, der nach seinen Landesgesetzen zum Richteramte, zur Anwaltschaft oder zur Ausübung des Notariats für befähigt erkannt ist, ferner die Lehrer an den deutschen Hochschulen, die Mitglieder der gelehrten Akademien, die Doktoren der Rechte und die rechtsgelehrten Mitglieder der Verwaltungsbehörden. Der Jahresbeitrag ist zwei Thaler.

♀ Mannheim, 26. Mai. Außer der von dem großh. evangelischen Oberkirchenrath angeordneten Erwähnung Calvin's im Gottesdienst der hiesigen Gemeinde am nächsten Sonntag wird die Feier des Reformators hier noch auf würdige Weise ihren besondern Ausdruck finden, da nächsten Freitag und Sonntag Stadtpfarrer Schellenberg dessen Leben und Wirken zum Gegenstand je eines Vortrags in der vom Kirchengemeinderath zu diesem Behuf eingeräumten Konkordienkirche machen wird.

Der literarisch-gesellige Verein schloß in fast ausnahmslos besuchter Versammlung die diesjährigen regelmäßigen Wintersitzungen mit einem begeisterten und in edelster Form gehaltenen Vortrag des Geh. Raths Bitter über Sebastian Bach's Passion nach Mathäus. Es wird diese ausgezeichnete Arbeit voraussichtlich für die musikalischen Kreise der hiesigen Stadt und Umgebung doppelt bedeutend sein, da sich an dieselbe die Zusage unseres Meisters Vincenz Lachner angeknüpft hat, wo immer möglich, die Aufführung dieser Riesenschöpfung eines der größten deutschen Meister durch hiesige Kräfte in Angriff zu nehmen.

Vermischte Nachrichten.

— Aus Leipzig geht der „Allg. Ztg." die betrübende Nachricht von dem Tode der kühnen Reisenden Frau Tinne und des Hrn. Schubert (eines geborenen Leipzigers) zu. Beide erlagen dem mörderischen afrikanischen Klima, während sie die Spuren des Dr. Eduard Vogel zu entdecken bemüht waren.

— Lübeck, 20. Mai. Die „Lübeck. Ztg." enthält folgende Aufforderung: „Die Gehässigkeit und blinde Feindschaft, welche die Bevölkerung Englands in den letzten Monaten gegen unser Vaterland gezeigt und die sich schon bis zu öffentlichen leidenschaftlichen Ausbrüchen im Parlament gesteigert hat, entbindet das deutsche Volk aller der Rücksichten, zu welchen es sich vielleicht durch die Erinnerung an die gemeinsame Abstammung und frühere Bundesgenossenschaft bewogen fühlen könnte. Es ist daher ohne Zweifel vollkommen an der Zeit, der englischen Nation zu beweisen, daß Deutschland nicht geneigt ist, ihre Freundschaft mit Aufgebung der eigenen Würde zu suchen. Unser Vaterland bedarf der Engländer nicht mehr, wie jedes andern Volkes, und um ihnen dies begreiflich zu machen, werden die Unterzeichneten für ihre persönlichen Bedürfnisse sich keiner Erzeugnisse der englischen Industrie mehr bedienen, soweit sie es zu vermeiden im Stande sind. Sie fordern ihre Mitbürger und Landsleute auf, sich ihnen anzuschließen, und sind bereit, dahin zielende Erklärungen entgegen zu nehmen." (Folgen 50 Unterschriften achtbarer und angesehener Männer aus verschiedenen Ständen.)

— Genf. Das Kassationsgericht von Genf hat nach sehr einläßlicher und gründlicher Motivirung das Kassationsgesuch des bekannten Delafield verworfen. Dieser wird nun seine 5 Jahre Gefängniß in der Strafanstalt zu Bern absitzen.

* Das auf Einladung von Rastatt nach Lyon gekommene Musikkorps des 34. preußischen Linienregiments hat am verflossenen Montag auf dem großen, dort abgehaltenen Gesang- und Musikfeste einen über alle Erwartung glänzenden Triumph gefeiert. Sämmtliche amtliche Lyoner Blätter, „Progrès", „Salut public" und „Courrier de Lyon" überbieten sich in den stärksten und aufrichtigsten Lobeserhebungen der Leistungen der wackern deutschen Spielleute. Das Konzert, welches das preußische Musikkorps am Abend des zweiten Festtags (Montag den 23.) in dem großen Park der Tête-d'Or gab, wird geradezu als der weithin Alles überragende Glanzpunkt der gesammten musikalischen Produktionen hingestellt. Ueber 100,000 Personen aller Stände hatten sich in den weiten Räumen dieses herrlichen Parks gesammelt und umstanden dicht gedrängt die Wiese, auf welcher für die „deutschen Künstler" eine elegante, mit Fahnen, Kränzen und venetianischen Lampen reich verzierte Bühne aufgeschlagen war. Während der Pause wurden, wie der „Salut Public" meldet, die fremden Musiker von Marschall Canrobert und dem Rhonepräfekten Senator Vaïsse in der schmeichelhaftesten Weise beglückwünscht. Die Gemahlin des Marschalls unterhielt sich mit Hrn. Parlow, dem Kapellmeister, in deutscher Sprache. Hr. Vaïsse hatte durch den Telegraphen bei dem Kaiser um die Erlaubniß gefragt, den Preußen die große goldene Ehrenmedaille zu verleihen, welche wegen ungenügender Leistung von der Preisjury keinem der konkurrirenden Musikvereine zuerkannt worden war. Die kais. Erlaubniß traf ein, und so wurde noch vor Schluß des Konzerts, wie der „Salut public" meldet, dem verdienstvollen Kapellmeister dieselbe überreicht.

— Karlsruhe, Ende Mai. Der strebsame und auf die Verbesserung seines Etablissements fortwährend bedachte Inhaber des Gasthauses zum „Weißen Bären" dahier, Hr. Bauer, hat im 2. Stockwerk seines Hintergebäudes einen großen, eben so elegant als opulent ausgestatteten Saal herstellen lassen, mit welchem ein zu Abhaltung von geselligen Zusammenkünften jeder Art vorzugsweise passendes Lokal geschaffen und damit einem wirklichen Bedürfniß in hiesiger Stadt abgeholfen ist. Wir wollten mit diesen Zeilen das größere Publikum auf die ihm dargebotene Gelegenheit, bei festlichen Anlässen eine würdige Räumlichkeit zur Verfügung zu haben, aufmerksam machen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

26. Mai.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 8,13'''	+ 9,0	S.W.	stark bew.	Sonnenbl., kühl
Mittags 2 „	„ 8,23'''	+13,5	„	„ „	„ „
Nachts 9 „	„ 9,02'''	+ 8,5	„	„ „	trüb, frisch
27. Mai.					
Morgens 7 Uhr	27" 9,63'''	+ 8,5	N.	ganz bew.	trüb, frisch
Mittags 2 „	„ 9,73'''	+12,5	N.W.	stark „	Sonnenbl., mild
Nachts 9 „	„ 9,70''	+ 7,5	„	rein	heiter, frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 29. Mai. 3. Quartal. 73. Abonnementsvorstellung. **Die Zauberflöte**; Oper in 2 Akten, von Mozart.

Z.k.196. Karlsruhe. Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß unser geliebter Gatte und Vater

Karl Friedrich Kissel,
Amtsrevisor a. D.,

am 25. d. im Alter von 55 Jahren nach kurzem Leiden sanft entschlafen ist.

Es bitten um stille Theilnahme,
Karlsruhe, den 28. Mai 1864,
die Hinterbliebenen.

Z.k.151. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Mit höherer Genehmigung wird am **1. Juni d. J.** auf der Eisenbahnstation **Langendenzlingen** eine **Güterexpedition** in Wirksamkeit treten.

Ueber die im Verkehr mit dieser neuen Station in Anwendung kommenden Gütertransporttaxen wird von sämmtlichen diesseitigen Güterexpeditionen Auskunft ertheilt.

Karlsruhe, den 24. Mai 1864.

Direktion der großh. bad. Verkehrsanstalten.
Zimmer.
Schneider.

Z.k.212. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die in der Zeit vom 1. Juli 1862 bis dahin 1863 auf den Bahnlinien, in den Bahnhöfen und in den Eisenbahnwagen vorgefundenen herrenlosen Gegenstände, als Kleidungsstücke, Schirme und dergl., auch Frachtgüter werden, insoweit eine Zurückforderung durch die Eigenthümer nicht stattfindet, nach Ablauf von 3 Monaten öffentlich versteigert werden.

Diejenigen Personen, welche glauben, Anspruch auf den einen oder den andern dieser Gegenstände machen zu können, werden daher aufgefordert, solchen binnen obiger Frist bei einer Hauptstation oder bei dem Hauptdepot geltend zu machen, wobei bemerkt wird, daß bei jeder Güterstation ein spezifizirtes Verzeichniß über die Frachtgüter angeschlagen ist.

Karlsruhe, den 24. Mai 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
Zimmer.
Schädle.

Z.k.194. Lahr.

Ehrenerklärung.

Um einen unschuldig verläumdeten Mann zu rechtfertigen, erkläre ich, auf den Wunsch der Kinder des seligen Herrn Amtsrevisors Fingado, daß ihr Vater von meiner Prozeßsache keine Kenntniß hatte, noch weniger sich in irgend einer Weise dabei betheiligte, sondern daß eine andere, weniger bedeutende Persönlichkeit mein Rathgeber war.

Lahr, am 27. Mai 1864.

Dorothea Rößler.

Einladung.

Sämmtliche Herren Wirthe des Landes oder deren Vertreter, mit Vollmachten versehen, werden hiermit zu einer wichtigen Besprechung auf

Donnerstag den 2. Juni

nach **Karlsruhe** eingeladen.

Zusammenkunft Vormittags 11 Uhr im Saale der Gesellschaft **Eintracht.**

Viele Vorstände
der
Wirths-Innung
des Landes.

Z.k.187.

Z.k.189. Schloß Neuweier.

Berichtigung.

Bezüglich des Ausschreibens des Herrn Bürgermeisters Reiß von hier, „Weinverkauf betr.", Karlsruher Zeitung Nr. 121, findet der Unterzeichnete sich veranlaßt, zu berichtigen, daß damit nicht der Wein aus seinem, sondern aus dem von ihm verpachteten Keller gemeint ist.

Zugleich fügt er noch bei, daß jede beliebige Quantität 1861er Mauerwein in Flaschen mit Etiquetten und versiegelt oder im Faß, sowie 1860er reines Kirschenwasser von wilden Waldkirschen bei ihm zu haben ist.

Schloß Neuweier, den 26. Mai 1864.

G. Sönig, Gutsbes.

Erlenbad.

Z.k.132. Seit dem 8. d. Mts. ist mein Bad eröffnet, und durch den Wechsel der Kurgäste habe ich gegenwärtig wieder einige Zimmer zu vergeben.

Zugleich mache ich die Anzeige, daß mein Omnibus täglich mit den um 9^{32}, 3^{35}, 3^{54} (und Sonntags auch mit dem 12^{16} Uhr) in Achern ankommenden Bahnzügen insluirt.

Erlenbad, am 24. Mai 1864.

Ph. Ketterer.

Z.k.120. In der **C. F. Winter**'schen Verlagshandlung in Leipzig und Heidelberg ist so eben erschienen und durch **A. Bielefeld's Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe** und **Kehl** zu beziehen:

Die Lustspiele des Publius Terentius.

Deutsch
in den Versmaßen der Urschrift
von
J. J. C. Donner.

2 Bände. 8. eleg. geh. Preis 5 fl. 24 kr.

Inhalt des ersten Bandes: Das Mädchen von Andros. — Der Eunuch. — Der Selbstquäler.
Inhalt des zweiten Bandes: Die Brüder. — Die Schwiegermutter. — Phormio.

Diese neue Arbeit Donner's reiht sich in Format und Ausstattung dessen Uebersetzungen des Aristophanes, Euripides, Pindar und Sophokles an.

Z.k.195. Karlsruhe.

Fünftägiger Ausverkauf

optischer u. physikalischer Instrumente nebst Cristallbrillen.

Unterzeichneter Hofoptikus gibt wegen Betheiligung an einer Fabrik sein optisches Institut in Cöln Ende Sept. d. J. auf, und ist demzufolge mit einem großen Theil seines Lagers selbstverfertigter optischer und physikalischer Instrumente hier eingetroffen, welche er, um schnell und gänzlich zu räumen,

zur Hälfte des wirklichen Werthes verkauft.

Fernröhre, 3 Auszüge und 6 achrom. Gläser $6\frac{1}{2}$ fl. und 8 fl. **Jagd- und Taschen-Fernröhre** 1 fl. 24 kr., $3\frac{1}{2}$ fl. und höher. **Theatergläser** (doppelte) $4\frac{1}{2}$ fl., 7 fl. und höher. **Marine-Fernröhre** größte 20 fl. **Mikroskope** von 100, 350 bis 750m. Vergr. 6 fl., 10 fl. bis 65 fl. **Loupen** in 25 verschiedenen Gattungen von 1 fl. bis 3 fl. **Augenspiegel** zum ärztlichen Gebrauch 9 fl. **Induktions-Apparate** zum ärztlichen und eigenen Gebrauch 16 fl. bis 25 fl. **Libellen** (Wasserwagen) 1 fl. 45 kr. bis $2\frac{1}{2}$ fl. **Prismen** 1 fl. bis $3\frac{1}{2}$ fl. **Reißzeuge** 1 fl. 36 kr. und höher. **Stereoskope** 2 fl. bis $3\frac{1}{2}$ fl. Große **Lesegläser** 1 fl. 45 kr. und höher. **Stereoskopbilder** 9 und 36 kr. **Kompasse, Panorama-Gläser, Schießbrillen** (Neu) $2\frac{1}{2}$ fl. **Springlorgnetten** (doppelte) 1 fl. 45 kr., $2\frac{1}{2}$ bis 10 fl., Penysnez (Nasenklemmer) 1 fl. 45 kr. **Thermometer** 36 kr. bis 1 fl. 45 kr. **Alkoholometer, Sacharometer, Ohrenspiegel** u. s. w.

Cristall-Brillen, welche sich durch ihre mineralogischen Bestandtheile und Wolaston'sche, nach dem Verhältniß der Augen angemessene Schleifart besonders dadurch vor allen andern auszeichnen, daß sie selbst bei den anhaltendsten Arbeiten und dem jetzt so nachtheiligen Gaslichte **die Augen am Schwächerwerden verhindern.**

Preise der Cristall-Brillen in feiner Stahleinfassung 1 fl. 45 kr und $2\frac{1}{2}$ fl., in Horn und Kautschuk 1 fl. 45 kr. u. 2 fl., **Reitstahlbrillen** 2 fl. 12 kr., extra fein (den Rand in Glas geschliffen) $2\frac{1}{2}$ und 3 fl., **silberne Brillen** 3 bis $4\frac{1}{2}$ fl., **Goldreitbrillen** (14-karat.) 7 und 8 fl. **Cristall-Gläser** werden das Paar für 1 fl. 12 kr. eingeschliffen.

Künstliche Augen (menschliche) in Auswahl, und werden solche von ihm auf das sorgfältigste ausgewählt und eingesetzt.

Jakob Sachs, geprüfter Hof-Optikus aus Cöln a. R.

Logis im Gasthof zum Weißen Bären (Karl-Friedrichs-Str.).

Z.k.190. Gais.

Molkenkurort Gais

Cant. Appenzell,

Gasthof zum Ochsen.

Hiemit beehre ich mich, E. E. Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß ich meinen Gasthof pachtweise an Herrn Karl Senn-Ketterer von Basel abgetreten habe, und ersuche, das mir bis dahin bewiesene Zutrauen auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Gais, den 15. Mai 1864.

J. Heim älter zum Ochsen.

Unter Bezugnahme auf Obiges erlaube ich mir, E. E. Publikum den **Gasthof zum Ochsen** in **Gais** bestens zu empfehlen, indem ich Allem aufbieten werde, um demselben seinen bisherigen guten Ruf zu erhalten.

Basel, den 20. Mai 1864.

Karl Senn-Ketterer.

Mechaniker- und Dreher-Gesuch.

Z.k.200. Frankfurt a. M. Tüchtige Mechaniker, besonders Kleinmechaniker, sowie Dreher werden in einer Fabrik Frankfurts gegen guten Lohn dauernd zu beschäftigen gesucht. Man adressire Zeil 26 im Laden.

Z.k.214. Karlsruhe.

Mineralwasser,

als: **Gicht-** und **Hämorrhoidalwasser** und Emser, Selterser, Fachinger, Nippoldsauer, Antogaster, Kissinger Ragozzi, Friedrichshaller, Saidschützer Bitter-, Langenbrücker Schwefel-, Mergentheimer sind in frischer Füllung eingetroffen bei

Ph. Daniel Meyer, großh. Hoflieferant.

Z.h.338.

Die Maschinenfabrik von G. Sebold in Durlach

empfiehlt: Größere **Dampfmaschinen** für jeden Geschäftsbetrieb, **kleinere stehende,** von 1 bis 4 Pferdekräften, wenig Raum einnehmend, für Buchdrucker, Bierbrauer, Schreiner 2c., **Drehbänke, Support fixe** und sonstige Drehbanktheile; **Hobel-, Bohr-, Stoß-** und **Feilmaschinen** in allen Größen, zum Bearbeiten der Metalle; **Holzhobel-** und **Kehlmaschinen, Bohr-, Stemm-, Schlitz-, Zapfenschneid-** und **Füllungen-Abplattmaschinen, Fraismaschinen, Circular-, Band-, Schweif-, Nuthen-** und **Falzensägen** für Zimmerleute, Bau- und Möbelschreinereien; **Sägmühlen, Säggänge,** um aus dickeren Schwarten noch Bretter zu schneiden; **Brauerei-Einrichtungen; Zinnplatten-Hobelmaschinen** für Orgelbauer; **Transmissionen, Hilfsmaschinen** jeder Art zur Zündhölzer- und Zündhölzerschachtel-Fabrikation, **Zündhölzer-Einlegmaschinen,** in solidester Ausführung zu möglichst billigen Preisen.

Z.d.516.

Industriebörse Stuttgart.

Nächster Börsentag: Montag den 6. Juni 1864.

Z.k.143. Karlsruhe.

Geschäfts-Verpachtung.

Familienverhältnissen wegen ist auf kommendes Spätjahr ein sehr rentables **Spezerei- und Cigarrengeschäft** an einen tüchtigen kautionsfähigen Kaufmann unter günstigen Bedingungen zu vermiethen.

Nähere Auskunft ertheilt

Das öffentliche Geschäftsbureau
von **Ch. F. Haffner** in **Karlsruhe,**
Kreuzstraße Nr. 18.

Z.k.147. Herrenalb.

Zu verkaufen.

Der Unterzeichnete hat einen zweijährigen, braungetigerten, fermen Hühnerhund zu verkaufen. Derselbe eignet sich auch sehr zur Wasserjagd.

Kgl. Forstwart
Lang.

Z.k.69. **Schweiz. Interlaken** (Berner Oberland).

Hotel de Belle vue.

Eröffnung
den 1. Juni 1864.

Bestens empfohlen

Hermann,

während 12 Jahren Geschäftsführer des Hotels Jungfrau Interlaken.

Omnibus des Hotels bei den Landungsplätzen der Dampfboote.

NS. Zugleich empfehle ich meine Besitzung Campagne Felsenegg als Familien-Pension. Vorherige Bestellung der Appartements dürfte im Interesse der Familien liegen. **Ob.**

Z.k.170. Nr. 5281. Illenau.

Holzlieferung.

Die Lieferung von
36 Klafter bestes trockenes Tannenholz
für unsere Anstalts-Bäckerei soll im Soumissionswege vergeben werden.

Die Angebote sind längstens am 6. Juni d. J. bei unterzeichneter Stelle versiegelt einzureichen.

Lieferungsbedingungen können auf unserer Kanzlei eingesehen werden.

Illenau, den 25. Mai 1864.

Direktion der großh. bad. Heil- und Pflegeanstalt.
Roller. Brettle.

Z.i.6. Nr. 5563. Baden. (Bekanntmachung.) Durch Verzichtleistung der Elisabeth Mölgg ist die in der Querallee der hiesigen Promenade befindliche Bude derselben vakant geworden. Etwaige Bewerber haben ihre Gesuche binnen 14 Tagen anher einzureichen, wo sie die Pachtbedingungen erfahren können. Baden, den 26. Mai 1864. Großh. Bezirksamt. Badanstalten-Kommission. v. Göler.

Z.g.966. Nr. 7480. Freiburg. (Entmündigung.) Magdalena Müller von Hochdorf wurde durch diesseitiges Erkenntniß vom 19. d. M. wegen Blödsinns entmündigt und Johann Metzger von da als deren Vormund aufgestellt und heute verpflichtet; was zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Freiburg, den 21. Mai 1864.

Großh. bad. Landamt.
Hippmann.

Z.k.121. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Mit dem 1. Juni d. J. beginnt der Sommerdienst auf den großh. Eisenbahnen nach dem anliegenden Fahrplan.

Die näheren Angaben über die Verbindungen mit anderen Transportanstalten sind aus den ausführlichen, auf den Stationen ausgehängten Fahrplänen zu ersehen.

Karlsruhe, den 24. Mai 1864.

Direktion der großh. Verkehrs-Anstalten.
Zimmer.
Schneider.

Z.k.180. **Geht mir gut, aber o Heimweh! Das Andere alles beim Alten.** **Fa.**

Frankfurt, 27. Mai 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	$3\frac{1}{2}$% Obligation.	$93\frac{1}{2}$ G.
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	$79\frac{3}{8}$ G.	„	$4\frac{1}{2}$% do.	$102\frac{3}{4}$ bz.
„	5% do. 1859 „ „	$78\frac{3}{4}$ P.	„	4% do.	$99\frac{5}{8}$ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	— —	„	$3\frac{1}{2}$% do.	$92\frac{1}{4}$ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	83 G.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	$99\frac{5}{8}$ G.
„	5% Nat.-Anl. 1854	$67\frac{7}{8}$ bez.	Brschw	$3\frac{1}{2}$% O. b. R. à 105	$91\frac{1}{4}$ G.
„	5% Met.-Obligat.	$61\frac{5}{8}$ G.	Lxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	91 bez.
„	5% do. 1852 C. b. R.	$61\frac{1}{8}$ G.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	$89\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$% Met.-Oblig.	$54\frac{5}{8}$ P.	Frankf.	$3\frac{1}{2}$% Obligation.	$97\frac{3}{4}$ G.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	$105\frac{1}{2}$ G.	„	3% do.	$93\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$% do.	$100\frac{1}{4}$ G.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	$86\frac{1}{8}$ P.
„	4% do.	95 P.	Finnl.	$4\frac{1}{2}$% O. i. R. à 105	$88\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$% Staatsch.	$89\frac{3}{4}$ G.	Span.	3% inl. Schuld	50 G.
Bayern	$4\frac{1}{2}$% 1jährig	$101\frac{1}{2}$ G.	„	$2\frac{1}{4}$% Schuld	$45\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$% 1/2jährig	$101\frac{7}{8}$ G.	Belgien	$4\frac{1}{2}$% O. i. Fr. à 28 kr.	$100\frac{3}{8}$ P.
„	4% 1jährig	$99\frac{3}{4}$ G.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	$68\frac{1}{2}$ P.
„	4% 1/2jährig	$99\frac{7}{8}$ G.	Schwd.	$4\frac{1}{2}$% Obligation.	$94\frac{1}{4}$ G.
„	4% Ablös.-Rente	$99\frac{5}{8}$ G.	„	$4\frac{1}{2}$% Pfbf. b. B. & E.	$94\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$%	$97\frac{1}{4}$ P.	Schwz.	$4\frac{1}{2}$% E. O. i. Fr. à 28	$100\frac{1}{2}$ P.
Wrtbg.	$4\frac{1}{2}$% Obl. b. Rth.	$104\frac{3}{4}$ G.	„	$4\frac{1}{2}$% Bern. St.-O.	102 G.
„	4% do.	103 G.	„	4% do.	94 P.
„	$3\frac{1}{2}$% do.	94 G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	$97\frac{1}{2}$ P.
Baden	4% Obligation.	$99\frac{3}{4}$ G.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	$60\frac{3}{4}$ bez.
„	$3\frac{1}{2}$% do. v. 1842	93 P.	„	6% do. r. 1882	$59\frac{1}{8}$ bez.
G.Hess.	5% Obligation.	$101\frac{3}{4}$ G.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	$99\frac{3}{4}$ P.	„	5% do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	$140\frac{3}{8}$ P.	4% Pfanddr. d. Frkf. Hyp.-B.	$96\frac{5}{8}$ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	795 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	$50\frac{3}{4}$ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	$200\frac{1}{2}$ bG	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	$50\frac{7}{8}$ bez.
3% Bayer. Bank à fl. 500	892 G.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	$76\frac{3}{4}$ P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	222 G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	$80\frac{3}{4}$ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	$93\frac{1}{2}$ P.	5% do. neueste Emiss. 6/7	$73\frac{3}{4}$ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	97 G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	$83\frac{7}{8}$ P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	106 G.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	$83\frac{1}{8}$ G.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	$4\frac{1}{2}$% Hess. Ldwigsb.-Prior.	$101\frac{3}{8}$ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	317 P.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	80 P.
$3\frac{1}{2}$% Frankf. Han. Esnb.-A.	$101\frac{1}{4}$ P.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	189 P.	$4\frac{1}{2}$% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	$102\frac{3}{4}$ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	$109\frac{1}{2}$ G.	4% „ „ „	$97\frac{7}{8}$ G.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	$68\frac{1}{2}$ G.	$4\frac{1}{2}$% Rhein-Naheb. Pr.-O.	99 G.
Rhein-Nahe-Bahn	$27\frac{3}{4}$ P.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	$144\frac{1}{4}$ P.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	245 G.
4% Neustadt-Dürkheimer	$98\frac{3}{4}$ P.	Span. Cr. b. Pereire 90% „	— —
$4\frac{1}{2}$% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	$104\frac{3}{4}$ G.	$4\frac{1}{2}$% Bayer. Ostb. 50% „	$111\frac{1}{2}$ P.
$4\frac{1}{2}$% Bayer. Ostbahn-Aktien	112 G.	3% Deutsch. Phönix 20% „	$151\frac{3}{4}$ G.
4% Hess. Ludwigsbahn	125 P.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% „	93 G.
$4\frac{1}{2}$% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	$128\frac{3}{4}$ G.
„ 250 fl. „ 1854	$77\frac{5}{8}$ G.
„ 100 fl. Pr L 1858	134 G.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	$83\frac{7}{8}$ b. G.
„ 100 fl. v. 1864	98 bez. G.
$3\frac{1}{2}$% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	$9\frac{1}{4}$ G.
Bad. 50-fl.-Loose	$111\frac{1}{2}$ P.
„ 35-fl.- „	$53\frac{1}{4}$ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	57 P.
Gr.-Hess. 50 fl. L. b. R.	$137\frac{3}{4}$ P.
„ 25 fl. „ „ „	$37\frac{1}{2}$ G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	$36\frac{3}{4}$ P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	— —
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	$34\frac{1}{2}$ P.
$2\frac{1}{2}$ Lütt. Pr. O. b. G.	$35\frac{3}{4}$ P.
3% Bordeaux 100 Fr	$86\frac{1}{4}$ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	$11\frac{3}{8}$ G.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	$100\frac{1}{8}$ G.
Antwerpen	„	$93\frac{3}{4}$ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin	„	$105\frac{1}{4}$ B.
Bremen	„	97 B.
Brüssel	„	$93\frac{3}{4}$ G.
Cöln	„	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamburg	„	$88\frac{3}{4}$ G.
Leipzig	„	$104\frac{7}{8}$ G.
London	„	$119\frac{1}{8}$ B.
Maild. i. Fr. 200	„	$93\frac{5}{8}$ G.
München	„	$99\frac{7}{8}$ B.
Paris	„	$93\frac{7}{8}$ G.
„ 60 à 90 T.		— —
Wien	k. S.	$101\frac{7}{8}$ G.
Disconto		$3\frac{1}{2}$% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40	$\frac{1}{2}$-$41\frac{1}{2}$
Preuß. Frd'or.	„	9 56	-57
Holl. fl. 10 St.	„	9 49	-50
Rand-Ducat.	„	5 $33\frac{1}{2}$	-$34\frac{1}{2}$
20-Frankenst.	„	9 23	-24
Engl. Sover.	„	11 50	-54
Russ. Imper.	„	9 41	-43
Gold pr. Zpfd.	„	803	-808
5-Frank.-Thl.	„	—	—
Alte österr. 20r.	„	30 24	G.
Rand-20r.	„	30 12	G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52	6-36
Preuß. Cassisch.	„	1 45	-$45\frac{1}{4}$
Doll. in Gold	„	2 27	-28

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)